

Antrag

der Abgeordneten Dr. Stavenhagen, Lenzer, Pfeifer, Dr. Probst, Gerstein, Boroffka, Dr. Bugl, Engelsberger, Maaß, Neuhaus, Prangenberg, Weirich, Dr. Riesenhuber, Frau Dr. Hellwig, Lowack, Zierer, Rossmanith, Dr. Götz, Dr. Kunz (Weiden), Sauter (Ichenhausen), Dr. Jobst, Dr. Hüscher, Dr. Voss, Magin, Kraus und der Fraktion der CDU/CSU

Raumfahrtspolitik

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Sicherung der Zukunft der Bundesrepublik Deutschland als Industrienation, aber auch die Verantwortung als führende Technologienation gegenüber der gesamten Menschheit, erfordern eine langfristig angelegte und ausreichend flexible Forschungs- und Technologiepolitik. In dieser Politik muß die Raumfahrtforschung und -technologie als ein Mittel zur Lösung von Zukunftsproblemen in vielen Bereichen eine ihr angemessene Beachtung finden. Zukunftsprobleme der Menschheit ergeben sich aus nur schwer beeinflussbaren Entwicklungen und den dadurch zu lösenden Aufgaben, wie:

- Sicherstellung der Lebensgrundlagen für eine zunehmende Zahl von Menschen,
- Bestreben zu höherer Lebensqualität für die Menschen in allen Ländern,
- Endlichkeit der Rohstoff- und Energiequellen der Erde,
- Erhaltung des Lebensraumes und Sicherung vor Katastrophen.

Die Bewältigung dieser Probleme ist eine primär staatliche Aufgabe, die teils im nationalen Rahmen, teils in internationaler Zusammenarbeit gelöst werden muß.

Für ein hochtechnisiertes Land wie die Bundesrepublik Deutschland ist die Neuorientierung und Intensivierung ihrer Raumfahrtaktivitäten unerlässlich. Die Raumfahrt ist eine Spitzentechnologie, die entscheidend dazu beiträgt, langfristig und weltweit die wissenschaftliche und technologische Kompetenz zu dokumentieren, zu sichern und weiterzuentwickeln. Für

zahlreiche, zunehmend aktueller werdende Probleme, wie steigender Kommunikationsbedarf, verbesserte Wetter- und Klimavorhersagen, wirkungsvollere Umweltkontrolle bis hin zur Erschließung neuer Energie- und Rohstoffquellen bietet die Raumfahrt die einzige langfristige Lösung an. Auf vielen Gebieten der technischen und medizinischen Forschung ist die Raumfahrt in ihren neuen Erkenntnissen und hohen Anforderungen Wegbereiter für weitreichende Fortschritte. Die Bedeutung der Raumfahrt für die Menschheit wird zunehmen und damit auch die wirtschaftliche Dimension dieser Spitzentechnologie für alle deutlicher erkennbar werden.

Trotz Aufwendung enormer Haushaltsmittel in den vergangenen Jahren ist die Zukunft der Raumfahrt für die 80er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland gegenwärtig völlig offen und ohne Zukunftsperspektive. Die Bundesregierung hat es bisher versäumt, ein in sich geschlossenes, langfristiges Forschungs- und Entwicklungsprogramm für die 80er und 90er Jahre zu entwickeln. Die gegenwärtigen Aktivitäten beziehen sich auf die Verfolgung von Einzelprojekten und die Reaktion auf Raumfahrtprogramme anderer Raumfahrt betreibender Nationen wie die USA, Frankreich, Japan.

In der Bundesrepublik Deutschland wird militärische Raumfahrt nicht gefördert. Im Vergleich zu den führenden Raumfahrt Nationen muß deshalb durch entsprechende Förderung von Aufgaben im zivilen Sektor erreicht werden, daß in der Bundesrepublik Deutschland kein technologischer Rückstand entsteht.

Inhalt eines nationalen deutschen Raumfahrtprogramms in einem Gesamtkonzept der staatlich geförderten Forschung und Entwicklung muß sein:

- Förderung der Grundlagenforschung sowohl im konventionellen Bereich extraterrestrischer Physik und Astronomie als auch als Anforderer extremer neuer Technologien bei der Nutzung der nur im Raumflug vorhandenen Umgebungsparameter;
- Erweiterung des Wissens über die universellen Zusammenhänge mit der Möglichkeit, daraus für die Zukunftstechnologien bisher nicht erkannte Antworten zu finden;
- Steigerung der interdisziplinären wissenschaftlichen und technischen Aktivitäten in der Grundlagenforschung und deren Verbindung zu den Anwendungsbereichen;
- Erweiterung der öffentlichen Dienstleistungsbereiche bezüglich Datenermittlung und -aufbereitung im Bereich Klimaforschung, Meteorologie, Ozeanographie, Geodäsie, Umweltüberwachung, Ökologie;
- Nutzung der Raumfahrttechnologie für Bereiche staatlichen Monopols, für die Bundesrepublik Deutschland vorwiegend Kommunikation, Navigation und Meteorologie;
- Schaffung von Markthilfen für die Industrie in Bereichen, die in der Bundesrepublik Deutschland staatlicher Monopol-

stellung unterliegen, in anderen hochindustrialisierten Ländern hingegen privat betrieben und gefördert werden;

- Wettbewerbsausgleich bei der friedlichen Nutzung des Weltraums in Disziplinen, die in anderen Staaten über Forschung der Verteidigungsressorts gefördert werden;
- Schaffung von Entscheidungshilfen für eine zukünftige Nutzung des Weltraumes durch staatliche und industrielle Interessenten und die dafür notwendigen Träger- und Orbital-systeme.

2. Die Bundesregierung wird aufgefordert,

- a) ein langfristiges Raumfahrtprogramm zu entwickeln, das den Beitrag der Bundesrepublik Deutschland zur Lösung bestimmter Zukunftsprobleme aufzeigt und das gewährleistet, daß die Bundesrepublik Deutschland auch in Zukunft der ihr durch ihr hohes wissenschaftliches und technologisches Potential zukommenden Verantwortung gerecht werden kann;
- b) in diesem Programm ein ausgewogenes Verhältnis zu erreichen bezüglich
 - selbständigem nationalen Programmteil,
 - bi- oder multilateralem Programmteil mit angemessenen Anteilen deutscher Unternehmen an Systemführung und Hardware,
 - der gegenseitigen Zuordnung von Zukunftsstudien, Programmstudien und Hardwarephasen,
 - Grundlagenforschung und der Nutzung der Möglichkeiten des Raumfluges, Anwendung der Raumflugtechnik im Bereich öffentlicher Dienstleistung und Technologieentwicklung für zukünftige Anwendungen,
 - schrittweiser Übernahme von Verantwortung und Trägerschaft durch die Wirtschaft für Anwendungsbereiche der Raumfahrt mit offenem Markt aus der bisherigen Zuständigkeit der öffentlichen Hand;
- c) in diesem Programm die kurz-, mittel- und langfristigen Ziele und Schwerpunkte klar zu definieren und die zur Erreichung dieser Ziele vorgesehenen Aufgaben und Projekte zu benennen;
- d) in diesem Programm die finanziellen Rahmenbedingungen und ihre mittelfristige Tendenz aufzuzeigen.

Bonn, den 30. März 1982

Dr. Stavenhagen
Lenzer
Pfeifer
Dr. Probst
Gerstein
Boroffka
Dr. Bugl
Engelsberger
Maaß
Neuhaus
Prangenberg
Weirich
Dr. Riesenhuber

Frau Dr. Hellwig
Lowack
Zierer
Rossmannith
Dr. Götz
Dr. Kunz (Weiden)
Sauter (Ichenhausen)
Dr. Jobst
Dr. Hüscher
Dr. Voss
Magin
Kraus
Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion

Begründung

Raumfahrtprojekte sind so langfristig angelegt, daß sie nicht in kurzen Fristen schon Erfolge gewährleisten. Deshalb muß Raumfahrtpolitik langfristig kontinuierlich festgelegt werden, auch um ein ernst zu nehmender Partner für andere Länder zu sein. Sofern der Raumfahrtpolitik keine langfristige Konzeption zugrunde liegt, die konsequent durchgehalten wird, ist sie zwangsläufig zu Mißerfolgen verurteilt. Ein Raumfahrtprogramm ist nicht glaubwürdig ohne langfristige verbindliche Perspektive.

In den vergangenen Jahren hat sich im Rahmen der Europäischen Weltraumorganisation (ESA) die Tendenz herausgebildet, daß vor allem Frankreich als eines der größeren ESA-Mitglieder die Chance nützt, aus dem nationalen französischen Raumfahrtprogramm heraus zusätzlich Aktivitäten in die ESA einzubringen. Für diese sogenannten Sonderprojekte übernimmt Frankreich auch die Führung und einen entsprechend hohen Anteil der Kosten. Kleineren ESA-Mitgliedsländern wird ermöglicht, sich entsprechend ihrer jeweiligen Interessen an diesen Sonderprojekten zu beteiligen. Für Frankreich und beispielsweise auch Großbritannien beschränkt sich die Führungsrolle nicht auf Management-Funktionen, sondern es werden primär die wissenschaftlichen und technologischen Erfahrungen der entsprechenden leistungsfähigen nationalen Raumfahrteinrichtungen und -industrien eingesetzt. Von deutscher Seite werden solche Möglichkeiten vergleichsweise wenig genutzt. Hier wurden in den letzten zehn Jahren Fehlentwicklungen von der Bundesregierung insgesamt nicht erkannt und nicht korrigiert; auch durch den Einsatz einzelner engagierter Persönlichkeiten konnte dies nicht kompensiert werden.

Der Stellenwert, den die Bundesregierung der Raumfahrt einräumt, ist im Vergleich zu anderen Nationen, die Raumfahrt betreiben, wie USA, Frankreich, Japan, Indien, UdSSR, zu gering.